

Bauernbund Brandenburg

christlich – konservativ – heimatverbunden

RUNDBRIEF Juni 2019



Züchterglück auf unserem Mitgliedsbetrieb Pulz in Brandis (Landkreis Elbe-Elster)

Die Landwirtschaft ist nicht schuld – und wir Bauern schon gar nicht / Bauernbund erwartet Vorschläge zur Förderung der ersten Hektare / Bauernbund wirft Bundesregierung vor, vom Ausverkauf abzulenken / Schreiben an Bundeskanzlerin zur Düngeverordnung: Es geht um Nährstoffe, aber es geht auch um unsere demokratische Kultur / Insekten-Gipfel und Insekten-Volksinitiativen / Bauernbund verwundert über Honig-Protest / Imker und Landwirte müssen miteinander reden / Schreiben an EU-Kandidat zur Genomtechnik / Bauernbund warnt vor dumpfer Fortschrittsgläubigkeit in der Agrardebatte / Podiumsdiskussion über Wolfsfreie Zonen am 24. Juli in Wusterhausen / Hinweis Windkraftanlagen / Letzte Meldung: Brandenburgische Höfeordnung ist durch!

Bauernbund Brandenburg e. V.

Interessenvertretung
der bäuerlichen Familienbetriebe
im Land Brandenburg
www.bauernbund-brandenburg.de

Präsident:

- Marco Hintze, 14550 Krielow

Vorstand:

- Thomas Kiesel, 16845 Barsikow
- Ulf Simon, 16845 Michaelisbruch
- Jens Gerloff, 16866 Ganz
- Hans-Jürgen Paulsen, 17291 Zollchow
- Manfred Wercham, 15324 Wilhelmsaue
- Lutz Wercham, 15324 Wilhelmsaue
- Dirk Schulze, 15320 Altbarnim
- Carlo Horn, 15537 Kagel
- Frank Michelchen, 15910 Leibsch
- Christoph Schilka, 03096 Guhrow
- Marcus Schilka, 03096 Guhrow
- Max Kirsten, 04916 Polzen
- Reinhard Benke, 14806 Mörz

Geschäftsführer:

Reinhard Jung
Dorfstraße 20, 19336 Lennewitz
Telefon (038791) 80200
Telefax (038791) 80201
jung@bauernbund-brandenburg.de

Die Landwirtschaft ist nicht schuld – und wir Bauern schon gar nicht!

Liebe Berufskollegen,

ich kann es nicht mehr hören: Klimawandel, Feinstaubbelastung, Gewässervergiftung, Insektensterben, Tierleid – und immer trägt die Landwirtschaft die Schuld. In der Wirklichkeit wirtschaften unsere bäuerlichen Familienbetriebe seit jeher so nachhaltig wie irgend möglich und arbeiten stets an Verbesserungen. Wir denken in Generationen und wollen unseren Kindern und Kindeskindern die Höfe und Flächen im bestmöglichen Zustand übergeben. Nichts liegt uns ferner als die rücksichtslose Ausbeutung der eigenen Ressourcen.

Vieles von den pauschalen Anschuldigungen, die derzeit in der Öffentlichkeit erhoben werden, ist fachlich schlichtweg falsch. So entsteht die nicht sehr schöne Situation, dass wir manchmal in eine ebenso pauschale Verteidigungshaltung geraten, obwohl wir die Agrarindustrie überhaupt nicht verteidigen wollen. Wir benötigen in der öffentlichen Wahrnehmung endlich eine deutliche Abgrenzung zwischen unseren inhabergeführten Betrieben und den großen Kapitalgesellschaften und Konzernen. Wir Bauern wirtschaften ökonomisch erfolgreich, weil sich auf unserem Eigentum Privatinitiative entfalten kann. Und wir wirtschaften ökologisch nachhaltig, weil wir in allem, was wir tun, bereits die nächste Generation im Blick haben.



Alfons Wolff ist Ackerbauer in Hohenthurm bei Halle und Initiator des Projektes freiebauern.de

Unsere Landwirtschaft hat es im globalen Wettbewerb mit Umweltdumping und Billiglöhnen nicht leicht. Drumherum lockt eine boomende Wirtschaft unsere klugen und fleißigen Hofnachfolger mit attraktiven Arbeitsplätzen, dreizehn Monatsgehältern und Dienstwagen. Eine Politik ohne Leitbild – mit Förderung ohne Obergrenze und Auflagen ohne Untergrenze – trägt ihren Teil zur Verschlechterung der ökonomischen Rahmenbedingungen bei. Und als wäre das noch nicht genug, haben wir zunehmend ein gesellschaftliches Klima, in dem wir für alles Übel verantwortlich gemacht werden.

Man fragt sich, warum diese Umwelthysterie ausgerechnet die Landwirtschaft trifft. Ausgerechnet den Teil der produzierenden Wirtschaft, der in natürlichen Kreisläufen mit Bodenfruchtbarkeit und Sonnenenergie arbeitet? In allen anderen Branchen wird abgebaut, hergestellt, konsumiert und endgelagert. Trotzdem sind wir Landwirte ins Fadenkreuz einer extremen Öko-Propaganda geraten, die mit populistischer Manipulation von Fakten sowie mit professioneller Stimmungsmache in Medien und sozialen Netzwerken die öffentliche Meinung beeinflusst, gegen uns einnimmt. Wahrscheinlich eignen wir uns deshalb so gut als Sündenbock, weil kaum jemand mehr etwas von Landwirtschaft versteht ... und weil wir uns derzeit nicht wehren können.

Warum können wir uns nicht wehren? Weil wir niemanden haben, der für uns spricht. Bestehende Verbände und vermeintliche Interessenvertreter sind in den öffentlichen Diskussionen nicht erkennbar, eine bundesweite Interessenvertretung existiert faktisch nicht. Deshalb ist unser Projekt FREIE BAUERN so wichtig. Der Bauernbund Brandenburg hat in den mehr als 25 Jahren seines Bestehens gezeigt, wie man bäuerliche Interessen in der Gesellschaft vertreten kann – geradlinig, glaubwürdig

und hartnäckig. Das muss zukünftig für unser ganzes Land möglich sein. Die Landwirtschaft ist nicht an allem Übel schuld und wir Bauern schon gar nicht.

Ich möchte mithelfen, dass unser Berufsstand wieder eine starke Vertretung in unserer Gesellschaft erhält. Auch wenn wir vorerst wohl Zielscheibe absurder Anschuldigungen bleiben, dürfen wir den Mut nicht verlieren: Weil wir wissen, wie die Natur funktioniert, und ihre Gesetze kennen. Weil wir wissen, dass unsere Produkte lebensnotwendig sind, um die Menschen in unserem Land zu ernähren. Weil wir dieses Feld nicht den Banken und Konzernen überlassen wollen, die es gar nicht erwarten können, auf den verlassen Hofstellen ihre hochprofitablen Nahrungsmittelmonopole zu errichten. Weil unsere Väter und Vorväter noch schlimmere Zeiten überstanden haben. Weil wir trotz allem Freude an diesem Beruf haben und an unseren Höfen und stolz darauf sind, Bauern zu sein!

Euer Alfons

Bauernbund erwartet Vorschläge zur Förderung der ersten Hektare

Pressemitteilung vom 19. März 2019

Der Bauernbund Brandenburg hat die Ankündigung von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, in der EU-Agrarförderung ab 2020 die ersten Hektare besser fördern zu wollen, als "wenig aussagekräftig" bezeichnet. "Ob man sich für eine Kappung entscheidet oder für eine Umverteilung zugunsten der ersten Hektare ist eine rein technische Frage", kommentierte Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen, Milchviehhalter aus Zollchow in der Uckermark: "Agrarpolitik wird erst draus, wenn es um konkrete Größenordnungen geht." Sollte die Ministerin etwa dafür plädieren, die ersten 500 Hektare mit doppelt so hohen Direktzahlungen auszustatten wie die Hektare darüber, so hätte sie sofort die Zustimmung des Bauernbundes.

Die bereits bestehende höhere Förderung der ersten 30 Hektare bezeichnete Paulsen als "Alibiveranstaltung ohne agrarstrukturelle Wirkung". Von der Bundesregierung erwarte der Bauernbund konkrete Vorschläge, wie der Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft an Holdings überregionaler Investoren unterbunden werden könne. Paulsen: "Wenn Frau Klöckner schon die von der EU-Kommission geforderte Kappung bei rund 400 Hektar ablehnt, sollte Ihr Modell zumindest soweit mit Zahlen unterlegt sein, dass man es beurteilen kann."

Auch bei einer Besserstellung der ersten Hektare sei auf die ostdeutschen Besonderheiten zu achten, so Paulsen weiter: "Größere Unternehmen müssen die Chance haben, sich zu teilen, wenn im Ergebnis mehrere Betriebe mit unterschiedlichen ortsansässigen Eigentümern entstehen. Betriebe mit auswärtigen Eigentümern dagegen müssen komplett von der Förderung ausgeschlossen werden." Der Bauernbund wünscht sich von Klöckner deshalb vor allem ein Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb als agrarpolitisches Leitbild. Alles weitere folge daraus.

Bauernbund wirft Bundesregierung vor, vom Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft abzulenken

Pressemitteilung vom 29. Mai 2019

Als "Schaumschlägerei" hat der Bauernbund Brandenburg die Ankündigung des Staatssekretärs im Bundeslandwirtschaftsministerium Onko Aeikens bezeichnet, dem Ausverkauf der ostdeutschen Landwirtschaft mit Änderungen im Bodenrecht begegnen zu wollen. "Erstens sind die rechtlichen Spielräume beim Grundstücksverkehr äußerst gering und zweitens kündigt Aeikens das schon an, seit er Staatssekretär in Sachsen-Anhalt war, ohne dass sich etwas geändert hätte", beklagt Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff, Landwirt aus Teetz in der Prignitz: "Langsam gewinnt man den Ein-

druck, die Bundesregierung wolle mit ihrer Fokussierung auf das Bodenrecht nur davon ablenken, dass sie mit den Direktzahlungen ein hochwirksames Mittel in der Hand hätte, um überregionale Investoren auszubremsen." Der Bauernbund fordert seit langem, die Direktzahlungen zu kappen und daran zu koppeln, dass sich die Betriebe im Eigentum ortsansässiger Landwirte befinden.

Allein in der Prignitz wurden in diesem Jahr bereits zwei jeweils etwa 2000 Hektar große Agrar-genossenschaften an Industrielle und Spekulanten verkauft, weiß Gerloff zu berichten: "Der Run auf die Flächen geht unvermindert weiter. So lange die Agrarpolitik den Einstieg des Kapitals in ostdeutsche Agrarbetriebe bis zum letzten Hektar finanziell absichert, werden Höchstpreise geboten und die Bauern vor Ort kommen nicht zum Zuge." Dass der Bauernverband diese Politik unterstütze, sei ein Armutszeugnis und zeige einmal mehr, in wessen Interesse er handelt. Gerloff: "Der Bauernbund vertritt jedenfalls diejenigen, die Landwirtschaft auch in Zukunft betreiben, und nicht diejenigen, die Landwirtschaft meistbietend verkaufen wollen."

Bauernbund schreibt Merkel zur Düngeverordnung: Es geht um Nährstoffe, aber es geht auch um unsere demokratische Kultur!

Pressemitteilung vom 29. April 2019



Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat sich in einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel gewandt mit der Bitte, sich für eine ökologisch wirksame und ökonomisch angemessene Düngeverordnung einzusetzen. "Weder die Düngeverordnung 2017 noch die geplanten Verschärfungen lösen das Problem", sagte Bauernbund-Präsident Marco Hintze, der in Krielow im Havelland Ackerbau und Mutterkuhhaltung betreibt: "Das ist wie wenn man wegen einer Handvoll Raser überall Tempo 30 vorschreibt, statt an den Unfallschwerpunkten Blitzer aufzustellen." Die EU-Nitratrichtlinie schreibe die flächendeckende Gültigkeit von Düngeregeln keineswegs vor, argumentiert der 47jährige Landwirt und plädiert daher für eine Differenzierung nach Betrieben und Regionen.

Konkret schlägt der Bauernbund eine Verzehnfachung der Grundwassermessstellen und ein einheitliches Verfahren zur Probeentnahme vor, um realistische Erkenntnisse über den Zustand des Grundwassers zu gewinnen. Parallel sollen besonders intensive Betriebe mit Tierhaltung oder Biogas über die 2017 eingeführte Stoffstrombilanz den Verbleib ihrer Nährstoffe nachweisen. "Der Rest ist Verwaltungsvollzug, das heißt Risikobetriebe und Problemregionen müssen kontrolliert und wenn nötig in der Düngung konsequent eingeschränkt werden", fordert Hintze. Die weitaus mehr als 90 Prozent der Bauern hingegen, für die es "keinen nachvollziehbaren Anreiz gibt, Nährstoffe anders zu platzieren als direkt an der Nutzpflanze", sollten nach Auffassung des Bauernbundes wieder nach den Düngeregeln von 2006 wirtschaften dürfen.

Dass bei der Diskussion um die Düngeverordnung Fachrecht politisch missbraucht und der Berufsstand pauschal verunglimpft wird, empfindet Hintze als "zutiefst unredlich" und begründet damit seine Intervention bei Merkel: "Wenn Politik und Wirklichkeit allzuweit auseinanderklaffen, ist das über die angesprochenen Themen hinaus nicht gut für unser Land und seine demokratische Kultur. Hier ist Ihre Autorität als Bundeskanzlerin gefragt."

Zum Thema Insekten gibt es in Brandenburg jetzt zwei Volksinitiativen: NABU, BUND und weitere sammeln Unterschriften für artenvielfalt-brandenburg.de. Diese Volksinitiative ist massiv landwirtschaftsfeindlich, fordert enteignungsgleiche Einschränkungen an Gewässerrändern und in FFH-Gebieten. Die Aktion ist mit heißer Nadel gestrickt, einige Forderungen greifen in den Landeshaushalt ein und sind daher möglicherweise gar nicht rechtlich zulässig. Letzten Endes geht es hier um Wahlkampf für die Grünen, und zwar mit den üblichen Anschuldigungen gegen die Landwirtschaft. Forum Natur, Landesbauernverband und weitere sammeln Unterschriften für initiativebienensummen.de. Diese Volksinitiative geht weitaus pfleglicher mit der Landwirtschaft um, enthält im wesentlichen Forderungen, die die Landesregierung ohnehin zu erfüllen bereit ist. Deshalb ist sie eigentlich überflüssig. Erkennbar möchten die beteiligten Verbände damit der anderen Volksinitiative schaden, möglicherweise auch Verwirrung stiften. Wenn das gelingt, würde das von uns natürlich begrüßt – Ihr könnt sie also bedenkenlos mit Eurer Unterschrift beglücken. Ehrlich ist eine solche Vorgehensweise trotzdem nicht, deshalb rufen wir auch nicht dazu auf.

Der Bauernbund hat statt dessen auf dem Brandenburgischen Imkertag am 24. März in Paaren eine Gegenoffensive begonnen, hat Zahlen, Daten und Fakten vorgelegt und diese inzwischen in zahlreichen Pressebeiträgen publiziert. Zugleich hat der Bauernbund gegenüber dem Ministerium konstruktive Vorschläge zum Insektenschutz gemacht: Für die Agrarumweltmaßnahmen Förderung der Anlage von Hecken, Feldgehölzen, Baumreihen sowie von Blühstreifen bzw. Blühflächen. Für die Direktzahlungen Toleranz von Saumflächen um Feldrand und Landschaftselemente bei der Schlagvermessung sowie von langfristigen Brachen unter Beibehaltung des Ackerstatus. Für das Naturschutzrecht die Möglichkeit von privatem Naturschutz (Wegfall Verschlechterungsgebot).

Bauernbund auf dem Insektengipfel: Wir müssen uns nichts vorwerfen lassen

Pressemitteilung vom 25. März 2019

Der Bauernbund Brandenburg hat im Vorfeld des vom Landwirtschaftsministerium einberufenen Insektengipfels seine Dialogbereitschaft zu allen Umweltthemen erklärt, aber jede Verantwortung des Berufsstandes für ein wie auch immer geartetes Insektensterben zurückgewiesen. "Die Behauptung des NABU, in den letzten 25 Jahren sei die Masse der Fluginsekten um mehr als 70 Prozent zurückgegangen, können wir nicht nachvollziehen", sagte Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow im Ruppiner Land: "Fest steht allerdings, dass sich auf landwirtschaftlicher Seite die Lebensbedingungen für Insekten in den letzten 25 Jahren nicht verschlechtert haben."

Kiesel beruft sich dabei auf eine Untersuchung des Bauernbundes, bezogen auf die Jahre 1993 und 2018, nach der Insekten von der Entwicklung der Agrarlandschaft eher profitiert haben müssten: "Der Anteil der Kulturen, wo Insektenbekämpfungsmittel eingesetzt werden, liegt nach wie vor unter fünf Prozent der Landesfläche und die Mittel sind bienenschonender geworden, der Anteil des artenreichen Dauergrünlandes hat sich sogar erhöht und seine Nutzung ist deutlich extensiver geworden, der Anteil des ökologischen Landbaus hat sich verdoppelt und der Naturschutzgebiete vervierfacht." Auch seien in den letzten 25 Jahren keine Hecken und Baumreihen mehr gerodet worden, statt dessen wurden neue gepflanzt, berichtete Kiesel: "Ich selber habe auf meinem Betrieb knapp 500 Meter Hecke angelegt. Wir Bauern müssen uns nichts vorwerfen lassen."

Bereits am Sonntag hatte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung auf der Hauptversammlung des Brandenburgischen Imkerverbandes in Paaren-Glien eine harte Gangart für den Fall angekündigt, dass es zu einem Volksbegehren kommen sollte. "Die Insektenlüge ist die größte Agrarlüge seit BSE", wettete der Biobauer aus Lennewitz in der Prignitz unter dem Beifall vieler Imker: "Das Schlimmste aber ist die Heuchelei der selbst ernannten Bienenfreunde, die mit ihren Hetzkampagnen gegen uns Bauern das gute Gefühl verkaufen, etwas für die Umwelt getan zu haben. Widerlich."

Bauernbund: Enteignungen für Wohnungsbau schaden der Umwelt

Pressemitteilung vom 9. April 2019

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat sich gegen eine verstärkte Wohnungsbauförderung ausgesprochen: "Wir können doch nicht noch mehr Natur und Umwelt zubauen, wenn kein entsprechendes Bevölkerungswachstum dahinter steht", kritisierte Bauernbund-Vorstand Jens Gerloff, Mutterkuhhalter aus Teetz in der Prignitz: "In unseren Dörfern und Kleinstädten stehen jede Menge Häuser leer – ein paar zusätzliche Regionalzüge und ein intelligentes Busnetz würden das Wohnungsproblem im Ballungsraum Berlin mit deutlich geringerem ökonomischen Aufwand und vor allem ökologisch vorteilhaft entschärfen."



Dass ausgerechnet der grüne Bundesvorsitzende Robert Habeck zur Beschleunigung des Wohnungsbaus sogar Enteignungen fordert, bezeichnete Gerloff als hochgradig unglaubwürdig: "Dasselbe Instrument, das wir gemeinsam gegen Braunkohle und Autobahnen bekämpft haben, soll jetzt zur Baulanderschließung salonfähig gemacht werden." Der Bauernbund wehrt sich seit Jahren gegen den steigenden Verbrauch landwirtschaftlicher Flächen für Siedlung und Infrastruktur. Gerloff: "Wir brauchen das Land, um Lebensmittel zu produzieren. Auf jedem Stück Acker oder Grünland ist mehr Artenvielfalt zuhause als in den sterilen Vorstadtsiedlungen am Berliner Rand."

Bauernbund verwundert über Protest mit unverkäuflichem Honig

Pressemitteilung vom 19. Mai 2019

Mit Verwunderung hat der Bauernbund Brandenburg auf die Protestaktion eines Bio-Imkers vor dem Bundeslandwirtschaftsministerium reagiert, wobei dieser 600 Kilo aufgrund einer Überschreitung des Glyphosat-Grenzwerts unverkäuflichen Honigs abgeladen hatte. "Das ist ein ärgerlicher Einzelfall, in 99 Prozent der Fälle funktioniert die Zusammenarbeit zwischen Bauern und Imkern", sagte Bauernbund-Vorstand Thomas Kiesel, Ackerbauer aus Barsikow im Ruppiner Land und selbst begeisterter Hobbyimker: "Ich wüsste nicht, was das mit Politik zu tun hat, es sei denn die Volksinitiative Artenvielfalt will aus der pauschalen Verunglimpfung der Landwirtschaft Kapital schlagen."

Er könne nicht beurteilen, ob die Schuld für die Grenzwert-Überschreitung beim Bauern oder beim Imker liege, räumt Kiesel ein, grundsätzlich aber sei es Aufgabe des Imkers, sich mit den im Flugradius seiner Bienen wirtschaftenden Landwirten abzusprechen: "Weil beide Seiten voneinander profitieren, läuft das im Regelfall reibungslos". Wer mit seinen Bienen an den Feldern unterschiedlicher Besitzer entlang ziehe, müsse die Besitzer informieren und nicht umgekehrt, so der 48jährige Landwirt: "Um ganz sicher zu gehen, hätte der Imker mit dem angrenzenden Betrieb einen Bewirtschaftungsvertrag schließen können, dann wäre dieser in der Haftung. Jedenfalls braucht er nicht bei Frau Klöckner zu klingeln, denn das regelt seit 120 Jahren das Bürgerliche Gesetzbuch."

Im übrigen handle es sich bei der Vermarktung von Biohonig um eine Verbrauchertäuschung, merkt Kiesel an: "Bio-Landwirtschaft ist ein, wie der Name schon sagt, landwirtschaftliches Qualitätssiegel. Honig ist, genau wie Wild, ein Naturprodukt, das in der offenen Landschaft entsteht. Die Bienen lieben meinen konventionellen Raps und sie fliegen wohin sie wollen, genau wie die Rehe äsen, wo es ihnen gefällt. Das ist Natur."

Ralf Sester: Imker und Landwirte müssen miteinander reden!



Ralf Sester ist Berufsimker in Frechen westlich von Köln. Der gelernte Tischlermeister und studierte Regionalwissenschaftler hat sich seit 1999 eine Imkerei aufgebaut und vermarktet seinen Honig selbst (www.imkerei-sester.de).

Hallo, liebe Landwirte!

Wir müssen reden. Miteinander, nicht übereinander. Die Facebookisierung ist inzwischen soweit fortgeschritten, daß es nur noch Lager gibt, aber keiner mehr mit dem anderen spricht. Mag sein, dass wir tatsächlich gegensätzliche Interessen haben. Aber so krass sind diese Gegensätze nun auch wieder nicht, dass man in der Praxis nicht doch zu einem vernünftigen Miteinander kommen könnte. Ich schäme mich für die Wirrköpfe, die alle Umweltprobleme ausschließlich den Landwirten in die Schuhe schieben, die angeblich für einen schnellen Profit über Leichen gehen, vor allem über Bienenleichen. Andersherum muss nicht jede Kritik an der aktuell betriebenen Landwirtschaft gleich als grünes Gutmenschentum disqualifiziert werden.

Beim aufmerksamen Blick in die Landschaft, in meinem Fall in die Jülicher Börde hinter Köln, kann ich ein gewisses Unbehagen nicht verbergen. Ich sehe eine bis in den letzten Schlag nahezu perfekte Ackerhygiene. Sattgrün stehen bis zum Horizont sauber und keimfrei Getreide, Rüben und Mais. Von Mitte Juni an gibt es bei uns keine einzige offene Blüte an den Ackerrändern, Feldwegen und – wenn die Stadt mit dem Mulchen hinterherkommt – auch nicht an den Straßenrändern. Keine Nahrung für meine Bienen und andere auf Blüten angewiesene Insekten! Für ein Kilo Honig besuchen Bienen zwischen einer und fünf Millionen Blüten! Zählt doch mal, was bei Euch noch blüht ...

Natürlich ist es unglaublich, ja verlogen, wenn der grüne Vorstadtbürger mit Luxus-Bungalow und SUV durch seine Unterschrift beim Bienen-Volksbegehren mal schnell die Welt retten möchte. Mais ist Mord, Gülle ist Gift und Pflanzenschutzmittel gehören alle verboten – solche Forderungen hört man vor allem von jenen, die sich noch nie ernsthaft mit Landbewirtschaftung und mit der Erzeugung von Lebensmitteln in der Natur auseinandergesetzt haben. Und natürlich ist es mindestens ebenso unerfreulich, wenn von politischer Seite eine solche pauschale Ablehnung der Landwirtschaft noch aufgegriffen und in häufig ungeeignete Symbolmaßnahmen umgesetzt wird wie das Verbot der Saatgutbeize bei Rüben oder die Beschränkungen der Grünlandwirtschaft.

Aber was hindert uns daran, es trotzdem besser zu machen? Wenn ich mir von Euch Landwirten etwas wünschen dürfte, so wären das vor allem folgende Punkte: Grundsätzlich sollten Pflanzenschutzmittel nicht standardmäßig angewendet werden, sondern anlassbezogen – und dabei sollten auch die Nützlinge berücksichtigt werden. Der Einsatz sollte in die Abendstunden verlegt werden, weil dann der Bienenflug beendet ist. Imker in der Nähe sollten informiert werden, damit diese ggf. am Morgen danach den Ausflug verzögern können, bis die Wirkstoffe abgetrocknet sind. Auch das Mähen und Mulchen von stark blühenden Flächen wie etwa Löwenzahnwiesen sollte nicht ausgerechnet in den besten Bienenflugstunden stattfinden – das kostet unnötig viele Bienen das Leben. Spannend finde ich neue Anbausysteme mit blühenden Untersaaten wie zum Beispiel Klee-Mais oder Wick-Gerste, die mitunter gar nicht mal zu großen Ertragsminderungen führen müssen. Hier wünsche ich mir von Euch ein bisschen mehr ackerbauliche Neugier, Dinge auszuprobieren, auch wenn sie gerade nicht durch irgendein Förderprogramm unterlegt sind. Und wenn ich Euch neidlos versichere, dass Landwirt der wichtigste Beruf der Welt ist, könnt Ihr doch auch zugeben, dass sie nicht alles ist – dass es auch ein Leben neben der Landwirtschaft gibt, zum Beispiel am Feldrain, und dass Bäume, Hecken, Gebüsch, Tümpel, Lesesteinhaufen usw. keine verlorenen Flächen sind, sondern bereichernde Bestandteile einer bäuerlichen Kulturlandschaft, in der auch Niederwild und Insekten ihre Rückzugsräume finden. Teile einer schönen Landschaft, in der wir uns wohlfühlen.

Bienen halten sich nicht an Schlaggrenzen ... und nicht immer helfen Absprachen: auf dem Weg zur Tracht queren meine Bienen im 3-Kilometer-Flugkreis die Schläge von bestimmt 25 verschiedenen Landwirten. Wenn ich Bienen verliere, kann nicht sagen wo, und der Landwirt, der gerade den Weizen spritzt, ist sich auch keiner Schuld bewusst. Tot sind sie trotzdem. Ich will Euch nicht langweilen mit Milbenproblemen aufgrund von durch Pestizide gestörten Brutnesttemperaturen (ist aber Fakt, wegen der längeren Zeit der Puppe in ihrer Zelle) oder mit Bienenschäden durch Fungizide (Bienen sind zwar keine Pilze, aber die Bienenbrut ernährt sich von fermentiertem Pollen). Und es geht mir auch nicht nur um Einstufungen in Gefahrenklassen wie B4 (aber gleichzeitig NN410). Das Problem ist grundsätzlicher: Wir brauchen bei allen wirtschaftlichen Zwängen, die ich kenne und nicht herunterreden möchte, ein Weiterdenken in der Produktion. Wir brauchen nicht wegen, sondern trotz der Öko-Hetze gegen die Landwirtschaft eine sorgsamere Haltung im Umgang mit der Natur. Und wer sollte dazu befähigt sein, wenn nicht der bäuerliche Berufsstand? Vom Agrarkonzern mit fixer Renditeerwartung, mit gleichförmigen Produktionsverfahren und gleichgültigen Fremdarbeitskräften wird das nicht kommen. Eine bienenfreundlichere Landwirtschaft geht nur mit selbständig denkenden Bauern, die auf eigener Scholle wirtschaften, mit ihren Tieren und Pflanzen leben und sie lieben und die über den Horizont der nächsten Ernte hinaus schauen können!

So verschieden wir auftreten und so wenig wir uns oft mögen, in mancher Hinsicht sind Imker und Landwirte sich doch wieder recht ähnlich: Alles, was neu ist, wird erstmal skeptisch gesehen – und wenn mal was schiefgeht, sind meistens die anderen schuld. Unangenehm sind mir die Auslassungen mancher Kollegen, die mit ihren Schuldzuweisungen Richtung Landwirtschaft vom eigenen Unvermögen ablenken wollen. Imkerei in unserer Kulturlandschaft ist zweifelsohne schwieriger geworden, in einigen Regionen vielleicht sogar unmöglich. Aber nur weil das Imkern gefühlt das neue Töpfern in der Toskana ist, muss man es trotzdem richtig erlernen, heute umso mehr.

Zum Schluss möchte ich mich auch noch bedanken: Bei den Landwirten, mit denen ich seit fast zwanzig Jahren vertrauensvoll zusammenarbeite in der Saatgutvermehrung von Raps, Gemüse und Obst und auch bei der Niederwildhege. Zusammen erreichen wir, dass wir selbst in einer so intensiv genutzten Agrarlandschaft wie der Jülicher Börde auch zukünftig Insekten, Rebhühner, Fasane und Hasen auf den Feldern sehen können! Eins zu eins vor Ort geht das prima! Genau deswegen sollten wir uns nicht auseinander bringen lassen von populistischen Parteipolitikern und Verbandsfunktionären oder kurzsichtigen Betriebsmittelverkäufern und Anwendungsberatern. Lieber miteinander reden als übereinander! Nur Mut, liebe Landwirte!

Ralf Sester

Bauernbund warnt vor Abhängigkeit durch Genomtechnik

Pressemitteilung vom 15. Mai 2019

In einem Schreiben an den Spitzenkandidaten der Europäischen Volkspartei und CSU-Politiker Manfred Weber hat sich der Bauernbund Brandenburg gegen die vereinfachte Zulassung genomtechnisch veränderter Nutzpflanzen und Nutztiere in der europäischen Landwirtschaft ausgesprochen. "In der aktuellen Diskussion werden immer nur die biologischen Risiken thematisiert. Für den bäuerlichen Berufsstand sind aber die ökonomischen Risiken mindestens ebenso gefährlich", begründet Bauernbund-Präsident Marco Hintze seine Initiative: "Durch die Patente auf genomtechnisch veränderte Organismen würden unsere Betriebe in eine verhängnisvolle Abhängigkeit von multinationalen Konzernen geraten." Eine Markteinführung patentierter Pflanzen und Tiere würde das Kräfteverhältnis innerhalb der Agrarbranche massiv verschieben zulasten der mittelständisch strukturierten Landwirtschaft, warnt der 47jährige Landwirt, der in Krielow im Havelland Ackerbau und Rindermast betreibt.

"Die Befürworter einer vereinfachten Zulassung genomtechnisch veränderter Pflanzen und Tiere argumentieren, die neuartigen Verfahren würden sich technisch von der Gentechnik unterscheiden, weil der Eingriff in das Erbgut weniger komplex und manipulativ sei, und verwenden dafür das Bild der Genschere, die eigentlich nur eine Fortentwicklung herkömmlicher Züchtungen sei", stellt Hintze fest. Wenn man dieser Argumentation folgt, stelle sich allerdings die Frage, warum bei den genomtechnischen Verfahren – anders als bei herkömmlichen Züchtungen – regelmäßig Patente beantragt und erteilt werden. Hintze: "Hier soll offenbar bei den biologischen Risiken abgewiegelt und von den ökonomischen Risiken für die Landwirtschaft abgelenkt werden."

Der Bauernbund kritisiert in seinem Schreiben die "geradezu naiv anmutende Fortschrittsgläubigkeit" der Bundeslandwirtschaftsministerin und merkt an, dass auch die vor zehn Jahren gepriesenen Vorteile der Gentechnik nirgendwo auf der Welt wahr geworden seien. Damals hätten Horst Seehofer und Ilse Aigner "den Spuk beendet und die unternehmerische Freiheit der deutschen Bauern bewahrt", schreibt Hintze und bittet den CSU-Mann Weber um Unterstützung im Abwehrkampf gegen die Genomtechnik: "Entweder müssen die neuen Verfahren weiterhin dem Gentechnikrecht unterliegen oder sie müssen raus aus dem Geltungsbereich des Patentrechts. Auf jeden Fall muss das Eigentum an Nutzpflanzen und Nutztieren in bäuerlicher Hand bleiben."

Bauernbund gegen dumpfe Fortschrittsgläubigkeit in Agrardebatte

Pressemitteilung vom 6. Juni 2019

Der Bauernbund Brandenburg, Interessenvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe, hat in der agrarpolitischen Debatte vor einer "dumpfen Fortschrittsgläubigkeit" gewarnt. Anlässlich des vom Bundeslandwirtschaftsministerium veranstalteten Diskussionsforums über die neuen genomtechnischen Verfahren erklärte Bauernbund-Vorstand Hans-Jürgen Paulsen, Milchviehhalter aus Zollchow in der Uckermark: "Kein Mensch braucht 5G oder CrisprCas. Wenn wir die Bevölkerung auch in Zukunft aus eigener Produktion versorgen wollen, brauchen wir vor allem viele tüchtige Bauern." Statt sich der Industrie an den Hals zu schmeißen, täte die Bundeslandwirtschaftsministerin gut daran, den Berufsstand gegen zunehmende Anfeindungen praxisferner Ideologen zu verteidigen.

Verwundert zeigte sich Paulsen darüber, dass das Ministerium den Bauernbund nicht eingeladen hat und zum Teilnehmerkreis, angeblich aus Datenschutzgründen, keine Auskünfte gibt: "Als diejenige Agrarorganisation, die vor zehn Jahren maßgeblich zum Scheitern der Gentechnik in Brandenburg beigetragen hat, wären wir vielleicht kein ganz uninteressanter Gesprächspartner." Wenn aber auf der Veranstaltung ohnehin nur ausgesuchte Lobbyisten zu Wort kommen sollen, könne man sich die Diskussion auch sparen, meint der 53jährige Landwirt.

Mit Sorge beobachtet der Bauernbund, dass die Bundesregierung in der agrarpolitischen Debatte den Eindruck erweckt, als ließen sich mit Digitalisierung oder Genomtechnik angebliche Umweltprobleme in den Griff bekommen. Paulsen: "Wir Bauern wirtschaften aus Prinzip umweltgerecht, weil wir der nächsten Generation gesunde Betriebe hinterlassen wollen. Welchen Fortschritt wir auf unseren Höfen einführen, entscheiden wir selbst und benötigen dafür keine politische Nachhilfe."

Wolfsfreie Zonen: Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidaten der Parteien zur Landtagswahl am 24. Juli in Wusterhausen/Dosse

Hiermit laden wir alle Mitglieder und Freunde ein zur Podiumsdiskussion des Bauernbundes anlässlich der Landtagswahl „Wolfsfreie Zonen in Brandenburg“ am Mittwoch, dem 24. Juli 2019, um 19 Uhr in der Gaststätte Mühlenhof, Kyritzer Straße 31 in Wusterhausen/Dosse. Teilnehmer sind Ingo Senftleben (Spitzenkandidat CDU), Kathrin Dannenberg (Spitzenkandidatin Die Linke), Hans-Peter Goetz (Spitzenkandidat FDP), Benjamin Raschke (Spitzenkandidat Bündnis 90/Die Grünen), Johannes Funke (Kandidat SPD) sowie Christina Schade (Kandidatin AfD). Der Termin kann mit wichtigen landwirtschaftlichen Ereignissen kollidieren, aber Wahlkampf nimmt keine Rücksicht auf die Ernte. Wenn irgend möglich, versucht zu kommen und macht bitte viel Werbung dafür !!!



Inzwischen sind es 52 brandenburgische Städte und Gemeinden, die sich plakativ zur Wolfsfreien Zone erklärt haben, um damit gegen die Untätigkeit der Landesregierung zu protestieren. Nach wie vor ist das Medieninteresse groß und wird von uns intensiv bedient: In der Frankfurter Allgemeinen wurde im April unser Mitglied Ralf Högemann portraitiert, der mit im letzten Jahr mehr als 30 gerissenen Kälbern zu den am stärksten betroffenen Betrieben des Landes zählt. Als im Mai das Bundeskabinett Erleichterungen für die Entnahme von Problemwölfen diskutierte, forderte unser Präsident Marco Hintze vor seinen Kälbchen in der ZDF-Heutesendung um 19 Uhr, alle Wölfe zu erschießen, die sich einer Viehweide nähern. Und beim neuen RBB-Talkformat "Wir müssen reden" im Juni im Oderturm in Frankfurt dominierten unsere Mitglieder Wilfried Vogel, Frank Michelchen und Dirk Schulze die Debatte, weil es ihnen überzeugend gelang, die ebenfalls anwesenden Wolfsfreunde als praxisfremde Ideologen aus der Großstadt bloßzustellen. Die aktuelle Lage in Brandenburg ist zwar durch offiziell sinkende Nutztierrisse geprägt, hier spiegelt sich allerdings wider, dass aufgrund der Schwierigkeiten bei der Entschädigung immer weniger Nutztierhalter ihre Verluste melden und zugleich immer mehr Menschen Dinge tun, über die wir an dieser Stelle lieber nicht schreiben wollen.

Bauernbund: Militante Tierschützer zerstören regionale Wirtschaft

Pressemitteilung vom 7. Mai 2019

Der Bauernbund Brandenburg hat eine harte Bestrafung der Schlachthofbesetzer von Düren gefordert. Wenn so genannte Tierrechtler in Schlachthöfe oder Ställe eindringen, um die Haltung oder Tötung von Tieren zu verhindern, sei das eine schwere Straftat und kein Kavaliersdelikt, sagte der Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, Rindermäster aus Lennewitz in der Prignitz. "Nach einem Einbruch mit Skandalvideo hat im vergangenen Jahr der Schlachthof in Hakenberg bei Neuruppin seinen Betrieb eingestellt, so dass Kühe aus unserer Region inzwischen mindestens bis nach

Teterow gefahren werden müssen", beklagt Jung. Mit Hakenberg, Tauberbischofsheim, Bad Iburg, Laatzten und jetzt Düren seien zuletzt fast ausschließlich kleine mittelständische Schlachtunternehmen das Ziel militanter Tierschützer gewesen, stellt der 53jährige Landwirt fest: "Seltsamerweise werden ausgerechnet diejenigen regionalen Fleischverarbeiter kaputt gemacht, die vielen Schlachtieren bisher lange Transportwege erspart haben."

Für die Aktionen gibt es nach Auffassung des Bauernbundes keine Rechtfertigung. Jung: "Seit es Menschen gibt, töten wir Tiere, um sie zu essen. Seit es Menschen gibt, können bei der Arbeit Fehler passieren. Aber niemand hat ein wirtschaftliches Interesse daran, die Tiere bei der Schlachtung zu quälen." Dass Ausbildung, Entlohnung und Arbeitsbedingungen auf den Schlachthöfen verbesserungswürdig sind, bestreitet der Bauernbund nicht, so Jung. Dafür sei aber die Dezimierung der Branche auf wenige große Fleischkonzerne der denkbar schlechteste Weg.

Wichtiger Hinweis zu Windkraftanlagen auf BVVG-Flächen

Wer selbst oder über einen Windkraftanlagenbetreiber in den letzten zehn Jahren Zahlungen an die BVVG für die Errichtung von Windkraftanlagen geleistet hat, sollte diese unbedingt zurückfordern. Das betrifft ausdrücklich nicht nur die Käufer nach dem Ausgleichsleistungsgesetz (vergünstigter Kauf), sondern im Zweifel auch die Käufer zum Verkehrswert.

Folgende Fälle sind zu unterscheiden:

- 1.) Vergünstigter Kauf nach dem Ausgleichsleistungsgesetz: Wenn die Zahlung an die BVVG seit dem 01.01.2016 erfolgte, zahlt die BVVG im Ergebnis einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 14.09.2018 an die betroffenen Eigentümer, die dies ausdrücklich fordern, zurück. Und zwar auch dann, wenn die Zahlung durch den Anlagenbetreiber auf Grundlage eines dreiseitigen Gestattungsvertrags erfolgte. Wenn die Zahlung an die BVVG vor 2016 erfolgte, behauptet die BVVG die Verjährung dieser Forderung. Das ist rechtlich falsch. Der Bundesgerichtshof hat entschieden, dass eine solche Forderung aus mehreren Gesichtspunkten der zehnjährigen Verjährung und nicht der kurzen dreijährigen Verjährung unterliegt.
- 2.) Kauf zum Verkehrswert: Der Bundesgerichtshof hat bislang nur eine Entscheidung zur Unwirksamkeit der Windkraftklausel in Kaufverträgen nach dem Ausgleichsleistungsgesetz getroffen. Nicht aber zu Verkehrswertverkäufen. Wie nicht anders zu erwarten war, sieht die BVVG keine Übertragbarkeit dieses Urteils auch auf Verkehrswertkaufverträge. Das ist aber in keiner Weise gesichert, weshalb auch Käufer nach dem Verkehrswert, die eine Zahlung an die BVVG wegen der Errichtung einer Windkraftanlage geleistet haben, diese zurückfordern sollten. Zu den Verjährungsfristen gilt das gleiche wie zu Ziffer 1.).

Die BVVG ist zwar eine staatliche Privatisierungsstelle, verhält sich aber nicht so. Wer erwartet, dass die BVVG von sich aus zu unrecht eingestrichene Zahlungen an die betroffenen Eigentümer zurückzahlt, wird enttäuscht. Was der Staat einmal hat, gibt er so leicht nicht mehr her.

Jeder, der selbst für den Bau einer Windkraftanlage Zahlungen in den letzten zehn Jahren geleistet hat, oder für den Anlagenbetreiber an die BVVG etwas gezahlt haben, sollte deshalb unbedingt jetzt diese Zahlung zurückfordern. Besonders eilbedürftig sind die Fälle, in denen 2016 gezahlt wurde. Die sollten unbedingt noch vor Jahresende klagen oder eine Verjährungsverzichtserklärung einfordern. Aber auch diejenigen, bei denen die Zehnjahresfrist zu verstreichen droht, sollten umgehend aktiv werden.

Ungeachtet dessen sollte mit Blick auf einen Zinsanspruch jeder Betroffene nicht warten, bis in einigen Jahren möglicherweise erneut der Bundesgerichtshof zur Frage der Verjährungsfrist entschieden hat, sondern bereits jetzt die Forderung bei der BVVG geltend machen.

Rechtsanwalt Franz-Christoph Michel, Gut Netzow, Telefon (03987) 54909

PRODUKTNEUHEIT!



NEUE ZÜCHTUNG VON BAKTERIENSTÄMMEN, die UV-beständig, licht-, kälte- und hitzeresistent sind.

Unverzichtbar im Wasserschutzgebiet und im modernen Ackerbau.

VORTEILE

- Je nach Bodenqualität werden mit 10 l/ha **NovaFerm® Multi**
 - ø 80 kg/ha N fixiert,
 - ø 40 kg/ha P₂O₅ und
 - ø 30 kg/ha K₂O pflanzenverfügbar.
- **UV-resistent** und lichtunempfindlich
- **Kälte- und hitzeresistent**
- Kann mit Herbiziden gemischt werden
- **Nicht bienengefährlich**
- **Nicht deklarationspflichtig** in der Düngemittelbilanz.

ANWENDUNG

NovaFerm® Multi mit 200 - 300 l/ha Wasser auf das Stroh der Vorfrucht bzw. auf den Boden sprühen und dann grubbern, oder gemeinsam mit der Gülle ausbringen.

DOSIERUNG

10 l/ha NovaFerm® Multi in 250 - 300 l Wasser verdünnen oder 10 l NovaFerm® Multi ohne Wasser zur Gülle dazugeben.



Produkt erhältlich

in 20 Liter Kanister und 1000 Liter IBC.



20 Liter Kanister

1000 Liter IBC Container (Symbolbild)

Bei Produkt- und Anwendungsfragen wenden Sie sich bitte an Ihren Fachberater vom Handel oder an den zuständigen AGROsolution-Fachberater in Ihrer Region. Weitere Infos finden Sie unter www.agrosolution.eu

Letzte Meldung: Brandenburgische Höfeordnung ist durch !!!

Pressemitteilung vom 12. Juni 2019, kurz vor Redaktionsschluss dieses Rundbriefs

Auf seiner letzten Sitzung vor der Wahl hat der Landtag Brandenburg heute einstimmig die Brandenburgische Höfeordnung verabschiedet. Damit verfügt Brandenburg als erstes der neuen Bundesländer über ein landwirtschaftliches Erbrecht, das die bäuerlichen Familienbetriebe stärkt. "Dieses Gesetz ist ganz wichtig für unsere jungen Bauern, weil Betriebe jetzt nicht mehr wegen Erbstreitigkeiten zerschlagen und verkauft werden müssen", sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung, Landwirt aus Lennewitz in der Prignitz: "Damit stabilisieren wir die regionale Landwirtschaft gegen den Ausverkauf an überregionale Investoren."

Die bisher nur in Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen geltende Höfeordnungbürdet dem Hofnachfolger eine Reihe von Pflichten auf, unter anderem die Versorgung des Altenteilers, sie reduziert aber im Gegenzug die Abfindungsansprüche der weichenden Erben auf eine Größenordnung, die den Betrieb nicht übermäßig belastet. Jung: "Die junge Generation auf unseren Höfen soll gute Startchancen haben und nicht jahrzehntelang für andere arbeiten müssen."

Besonders bedankt sich der Bauernbund bei den Abgeordneten von SPD, CDU und Linken, "die sich mit Engagement in die komplexe Rechtsmaterie eingearbeitet haben". Vor allem bei der Bemessungsgrundlage für die Abfindungen hätte aufgrund unterschiedlicher steuerlicher Bewertungssysteme nicht einfach auf die nordwestdeutsche Höfeordnung zurückgegriffen werden können, führte Jung aus: "Brandenburg hat damit Pionierarbeit für die anderen ostdeutschen Bundesländer geleistet, die agrarstrukturell vor ähnlichen Problemen stehen."

Die Einführung der Höfeordnung hatte der damalige Bauernbund-Präsident Karsten Jennerjahn vor fünf Jahren bei einem Gespräch mit Ministerpräsident Dietmar Woidke vorgeschlagen. Seitdem gab es neben viel Unterstützung von politischer Seite auch Blockaden durch die Ministerialbürokratie. Jung: "Dass wir am Ende dieses gute Ergebnis erzielt haben, zeigt – bei allem Frust über die Langsamkeit politischer Prozesse – dass Demokratie und Gewaltenteilung funktionieren."

Fünf Jahre und eine Woche, nachdem Karsten den Vorschlag gemacht hat, ist die Brandenburgische Höfeordnung Gesetz. Ein großer Erfolg unserer beharrlichen Lobbyarbeit. Das Ausmaß an fachlicher Inkompetenz und vorsätzlicher Trägheit, mit der die Ministerialbürokratie dieses für unsere Familienbetriebe so wichtige Projekt verhindern wollte, haben wir anfangs unterschätzt. Aber, soviel darf man heute mit einem gewissen Stolz sagen: Unsere Gegner haben uns auch unterschätzt und der heutige Beschluss zeigt – bäuerliche Interessenvertretung ist möglich! Wer ein akutes Problem bei der Hofübergabe hat, darf sich wie immer an die Geschäftsstelle des Bauernbundes wenden. Eine ausführliche Information über das Gesetz und über die daraus folgenden praktischen Konsequenzen für unsere Betriebe gibt es im September-Rundbrief. Darin wollen wir auch die vielen Unterstützer würdigen, die den Weg zur Höfeordnung geebnet haben.

Ein weiterer Hinweis in eigener Sache: 16 Seiten reichen manchmal nicht aus, um alle Aktivitäten der vergangenen drei Monate zu dokumentieren. Wer zum Beispiel die Rede auf dem Imkertag mit Zahlen, Daten und Fakten zur Lage der Insekten in der brandenburgischen Landwirtschaft haben möchte oder das umfangreiche und wohl begründete Schreiben von Marco an die Bundeskanzlerin zur Düngeverordnung oder unsere Argumentation gegen die Zulassung von genomtechnisch verändertem Saatgut, braucht sich natürlich nur in der Geschäftsstelle zu melden und bekommt diese umgehend zugeschickt, Kontakt: 038791-80200 oder jung@bauernbund-brandenburg.de.

Der Bauernbund Brandenburg wünscht seinen Mitgliedern und seinen Freunden in ganz Deutschland eine gute Ernte !!!



**Mein Betrieb:
Jeder Hektar
ein Abenteuer!**

Mit unseren Versicherungen für Landwirte nehmen wir ein großes Stück Sorgen und Verantwortung ab. Und bieten Ihnen und Ihrer Familie alle landwirtschaftlichen und privaten Versicherungen praktisch aus einer Hand.

Hier informieren und Berater in Ihrer Nähe finden:
www.feuersozietaet.de/landwirtschaft



Organisch für Fortgeschrittene.



PIADIN®

Der Gülleveredler



Wofür brauche ich pinke Gummistiefel?
Jetzt ansehen!
www.piadin.de



skw.
PIESTERITZ

EIN UNTERNEHMEN DER AGROFERT GROUP